



POLEN (Rzeczpospolita Polska)

Fläche	312.679 km² (5/6 der Fläche Deutschlands)
Einwohner	37,3 Mio. (zum Vergleich Deutschland: 83,5 Mio.) + 1,2 Mio. Geflüchtete aus der Ukraine
Einwohner / km²	123
Hauptstadt	Warszawa/Warschau, (1,86 Mio. Einwohner) weitere Großstädte Kraków/Krakau (804.000), Łódź (658.000), Wrocław/Breslau (674.000)
Unabhängigkeit	11. November 1918 (Staatsfeiertag)
Staatsform	Parlamentarische Republik Zwei-Kammern-System mit gesetzgebendem Sejm (460 Sitze) und Senat (100 Sitze) Staatspräsident Andrzej Duda (wiedergewählt im Juli 2020) Ministerpräsident/Premier Donald Tusk (seit Dezember 2023) Die Exekutive wird vom Ministerpräsidenten (polnisch kurz <i>Premier</i>) und einem Ministerrat ausgeführt, die vom Staatspräsidenten ernannt werden und mit diesem bestimmte Kompetenzen teilen (Landesver- teidigung, Außenpolitik), jedoch dem Parlament verantwortlich sind.
Religion	Mehr als 90 % der christlichen Bevölkerung sind römisch-katholisch, 1,2 Mio. Orthodoxe, 270 000 Protestanten Zudem sehr kleine jüdische Minderheit Weniger als 5 % der Bevölkerung sind konfessionslos
BIP/Einwohner	30.100 € (nach Kaufkraftstandard, Ende 2022) Zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 41.500 € Niveau des BIP/Kopf: 77 % des Durchschnitts der EU (27)
Anteil der Beschäftigten in	Landwirtschaft 6 % Industrie 35 % Dienstleistungen 59 %
BIP-Wachstum	-2,7 % (2021), 3,8 % (2022), 0,4% (2023), 2,7 % (Prognose für 2024)
Inflationsrate	3,7 % (2021), 11,1 % (2022), 2,4 % (April 2024)
Arbeitslosenquote	3,2 % (2021), 3,2 % (2022), 3,0 % (Ende 2023)

Aus historischen und politischen Erwägungen genießt die seit dem 1. Mai 2004 bestehende **EU-Vollmitgliedschaft** Polens nach wie vor einen überragenden Stellenwert in der polnischen Außenpolitik, gerade auch in den **sehr schwierigen Zeiten des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie während der Covid-19-Pandemie**. Aus dem gigantischen Corona-Hilfsfonds der EU erhält Polen knapp 40 Mrd. Euro, was zur Bewältigung der massiven Krise im Gesundheitssystem beitragen soll. Natürlich ist Polen als östliches Nato-Mitgliedsland von besonderer Wichtigkeit im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine und die **massiven Fluchtbewegungen** sowie die **Sicherheitsfragen für Gesamteuropa**.

Der Weg in die **Gemeinschaft freier und demokratischer Völker Europas** begann für Polen nicht erst **1989** mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, sondern bereits zehn Jahre zuvor mit den Streiks der Gewerkschaftsbewegung **Solidarność** in Danzig. Der Kampf der gewerkschaftlichen Opposition unter Lech Wałęsa in den 1980er Jahren für politischen und wirtschaftlichen Wandel bereitete den Weg in die Demokratie und legte den Grundstein für das heutige demokratische Polen. Polen als Flächenstaat des östlichen Mitteleuropa hat **Grenzen** mit sieben Staaten und kann daher als ein natürlicher Mittler zwischen Ost und West und Förderer der regionalen Zusammenarbeit gelten. Die Grenze zu Deutschland (Oder-Neiße-Grenze) ist ca. 470 km lang.

Von der seit **1999 bestehenden Nato-Mitgliedschaft** und der seit **2004 bestehenden Vollmitgliedschaft in der EU** erhofften sich die polnischen Bürgerinnen und Bürger:

- die „**Rückkehr in die westliche Welt**“ nach der Zeit der Zwangszugehörigkeit zum „Ostblock“ unter sowjetischer Führung. Auch die kulturelle und historische Dimension spielt hier eine bedeutsame Rolle. Polen verabschiedete am 3. Mai 1791 die erste geschriebene Verfassung in Europa. Die Einbindung in das kulturelle, wissenschaftliche und geistige Leben in Europa war immer stark ausgeprägt. Schon das Jahr 1000 und die damit verbundene endgültige Entscheidung für die lateinisch-christliche Kirche stellen für Polen ein wichtiges Ereignis dar. Nicht zuletzt muss der 1978 gewählte und 2005 verstorbene Papst Johannes Paul II. (Karol Wojtyła) mit seiner überragenden weltweiten Wirkung hervorgehoben werden. Seine Besuche in der damaligen Volksrepublik Polen waren von bahnbrechender Bedeutung für den Wandel.

- **Stabilität** und **Sicherheit** für ihr Land. Dazu zählt auch die seit März 1999 bestehende NATO-Mitgliedschaft. Man will das Verhältnis zu anderen EU-Staaten nachhaltig verbessern und vor allem die Beziehungen zu Deutschland auf eine pragmatische Grundlage stellen. Unter der nationalkonservativen PiS-Regierung von 2015 bis 2023 nahmen die Spannungen mit Brüssel sowie Berlin erheblich zu.

- den Aufbau möglichst **guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten**

- die Förderung der **regionalen Zusammenarbeit** sowie

- eine nachholende **Modernisierung** ihrer Volkswirtschaft, den Anschluss an den dynamischen europäischen Binnenmarkt und die **Stabilisierung** der noch jungen **Demokratie** und des gesellschaftlich-ökonomischen Wandlungsprozesses. Zugleich ist den Polen bewusst, dass in der Europäischen Union das geringe Pro-Kopf-Einkommen und die agrarische Prägung des Landes als problematisch bewertet werden. Vor allem in Deutschland und Österreich sowie nunmehr im Vereinigten Königreich (Brexit) gab es viele Vorbehalte gegen die Öffnung der Arbeitsmärkte für polnische und auch andere mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer. Eine befürchtete Welle der Völkerwanderung ist freilich nicht eingetreten, auch wenn Deutschland in den letzten Jahren einen deutlichen Zuzug von polnischen Arbeitskräften zu verzeichnen hat. Dieser Zustrom wird auf dem deutschen Arbeitsmarkt wegen des Fachkräftemangels dringend benötigt!

- Die Bevölkerung erwartet von der EU vor allem auch eine rasche **Verbesserung des Lebensstandards** und bessere soziale Lebensbedingungen nach langen und harten Jahren der wirtschaftlichen Anpassung an ein marktwirtschaftliches System und der unternehmerischen Umstrukturierungen.

Geschichte des Reformprozesses seit 1989

Polen gehörte zu den ersten ostmitteleuropäischen Reformstaaten während der „**Wendezeit 1989/1990**“. Es hat sich im Gefolge der Umwandlungsprozesse eine **pluralistische Demokratie** entwickelt. Der Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem vollzog sich friedlich. Dennoch müssen in einzelnen Bereichen des politischen Systems Reformen durchgeführt werden (wie beispielsweise bei der Reform der Sozialversicherung), damit die notwendigen Anpassungsschritte für eine bessere **EU-Integration** vollzogen werden können. Der Regierungs- und Verwaltungsapparat muss noch modernisiert werden. Von einer **konsolidierten Parteiendemokratie** kann aufgrund der wenig ausgeprägten Stabilität im Parteienspektrum nicht gesprochen werden.

Innerhalb des polnischen Staates und der Gesellschaft hat die **katholische Kirche** heute eine stark geschwächte Stellung. Gerade sie stellte jedoch während der sozialistischen Herrschaft ein enorm wichtiges Sammelbecken anti-kommunistischer Kräfte dar. Ähnliches gilt ebenso für die Gewerkschaften. Das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die Bedeutung gesellschaftlicher Organisationen und zivilgesellschaftlicher Interessengruppen für die Funktionsfähigkeit einer Demokratie ist wenig entwickelt. Die Medienlandschaft entwickelt sich immer stärker, dies ist jedoch verbunden mit dem Problem der Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht. Der Aufbau der so genannten „Civil Society“ verläuft schleppend, da die Beteiligung der Menschen an gesellschaftlichen Aktivitäten nicht sonderlich ausgeprägt ist. Dies könnte mit der historisch begründeten „anti-etatistischen“ Grundhaltung der Polen erklärt werden.

Polen verabschiedete 1997 eine neue **Verfassung**, die auf republikanisch-demokratischen Elementen basiert und sowohl ein parlamentarisches Regierungssystem als auch den demokratischen Rechtsstaat verankert. Als Ziel wurde die Etablierung einer „Sozialen Marktwirtschaft“ definiert. Ebenso wurde ein Verfassungsgericht ins Leben gerufen. Die deutsche Minderheit (ca. 250.000 Menschen), deren Rechte und Schutz garantiert sind, ist mittlerweile mit nur noch einem Abgeordneten im polnischen Parlament, dem Sejm, vertreten.

Grund zu Besorgnis gibt die **Korruption** in Polen, obwohl Gesetze zu ihrer Eindämmung verabschiedet wurden. Doch nach wie vor stellt dieses Problem eines der gesellschaftlichen und politischen Hauptübel in der Wahrnehmung der Bevölkerung dar. Darüber hinaus zeigt sich eine ausgeprägte Politikverdrossenheit, da vor allem junge Menschen von den politischen Eliten – egal aus welchem politischen Lager – bitter enttäuscht wurden. Allerdings lag die Wahlbeteiligung bei den letzten Parlamentswahlen im Oktober 2023 aufgrund der Mobilisierungskampagne und Bedeutung der Wahlen bei herausragenden 74,4 Prozent!

Politik heute nach den Parlamentswahlen im Oktober 2023

Im Oktober wählte Polen ein **neues Parlament (Sejm)**. Die seit acht Jahren regierende **PiS** hat zwar die meisten Wählerstimmen bekommen, verfügt jedoch über keine absolute Mehrheit und keine Koalitionspartner. Die **liberalkonservative Bürgerkoalition von Donald Tusk kam hingegen gemeinsam mit zwei weiteren Oppositionsparteien auf eine Mehrheit**. Den **Machtwechsel** hat die PiS über acht Wochen hinausgezögert. Trotz der Mehrheitsverhältnisse hatte **Polens Präsident Andrzej Duda (PiS)** dem bisherigen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt und dessen Kabinett vereidigt. Morawiecki hat die Vertrauensabstimmung im Parlament jedoch verloren. Erst danach konnte die liberalkonservative Bürgerkoalition eine Regierung bilden. Mitte Dezember 2023 hat Polens Präsident Duda den neuen **Regierungschef Donald Tusk vereidigt**. Die nationalkonservative PiS stand stets der EU und vor allem Deutschland kritisch gegenüber, immer wieder kam es zu massiven Spannungen. 2018 setzte die PiS eine **Justizreform** um, die das nationale polnische

Recht vor EU-Recht stellte. Die EU übte Kritik an **Polens Rechtsstaatlichkeit** und verhängte Sanktionen. Die Justizreform wurde dann in Teilen wieder zurückgenommen.

Die **rechtsnationale und populistische Partei PiS** des Vorsitzenden Jarosław Kaczyński nutzte dabei in den vergangenen Jahren die Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung aufgrund der bestehenden sozialen Spannungen. Besonders stark vertreten ist PiS in den östlichen und südöstlichen ländlichen Regionen. Sowohl **Ex-Ministerpräsident Mateusz Morawiecki** (er regierte von Ende 2017 bis Ende 2023) als auch **Staatspräsident Andrzej Duda** gelten als ausgewiesene Verfechter von nationalstaatlich aufgeladenem Patriotismus sowie Rückbesinnung auf national-konservative Werte wie Heimat, Vaterland, Familie, Ehe und ethnisch homogene Bevölkerung und richten sich vielfach auch massiv gegen die Schwulen- und Lesbencommunity (LGBTQI). Gerade die Debatte um die vom Parlament abgelehnte Verschärfung des Abtreibungsrechts löste heftige Kontroversen in der Bevölkerung aus.

Katyń – die Geschichte einer Tragödie

Seit dem 10. April 2010 verbindet sich mit dem nahe Smolensk gelegenen Ort Katyń eine doppelte Tragödie – die der Ermordung Tausender polnischer Offiziere im Frühjahr 1940 durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD sowie die des Flugzeugunglücks am frühen Morgen dieses verhängnisvollen Tages im Jahr 2010. Bei dichtem Nebel verfehlte die polnische Regierungsmaschine beim Anflug auf den Flughafen die Landebahn und stürzte in ein Waldgebiet. Mit Präsident Lech Kaczyński und seiner Frau kamen alle weiteren 94 Passagiere und Besatzungsmitglieder ums Leben – Politiker der verschiedenen Lager, hohe Militärs, Geistliche dreier Konfessionen sowie Witwen und Nachkommen ihrer in Katyń vom sowjetischen Geheimdienst NKWD ermordeten Angehörigen. Sie alle wollten in Katyń an diesem 70. Jahrestag des Massakers der Opfer gedenken. Die Anteilnahme an dieser Katastrophe war überwältigend. In Polen trauerte in seltener Einmütigkeit die ganze Nation, so wie sie am 2. April 2005 den Tod „ihres“ Papstes betrauert hatte. Mit Respekt verfolgte das Ausland diese Solidarität in der Trauer und der Ehrung der Toten. Für viele Polen bedeutete diese Tragödie eine Fortsetzung des polnischen Martyriums, das das Land seit Jahrhunderten plagt und sich tief in das kollektive Gedächtnis einprägt.

Wirtschaftliche Entwicklung

Polen hat inzwischen nach langen und harten Jahren des Übergangs vom Sozialismus zur Marktwirtschaft und der umfassenden Privatisierung eine gut ausgebaute und **funktionierende Marktwirtschaft**. Die Privatwirtschaft ist bestimmend für die wirtschaftliche Leistung. Durch das **hohe Wirtschaftswachstum** der letzten Jahre, den gestiegenen Handel, auch mit Deutschland, sowie die (temporäre) Auswanderung von bis zu drei Millionen Polen (insbesondere in Richtung Deutschland, Großbritannien oder Irland) konnte die Arbeitslosigkeit bis Ende 2023 sogar auf unter 4 Prozent gesenkt werden. Von der Weltwirtschaftskrise 2009/2010 war Polen als einziges EU-Land nicht übermäßig betroffen und verzeichnete sogar ein positives Wachstum, während alle anderen Volkswirtschaften innerhalb der EU mit einer harten Rezession kämpfen mussten. Trotz des Wirtschaftswachstums stieg die Arbeitslosigkeit auf über 10 % wieder an. Bis zum Ausbruch der **Covid-19-Pandemie** beobachteten wir einen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt. Die **Arbeitslosenquote** betrug Ende 2023 sogar weniger als 5 % und lag damit deutlich unter dem Schnitt der anderen EU-Länder. Polen ist wirtschaftlich deutlich stabiler als die krisengeschüttelten Länder Spanien, Portugal oder insbesondere Griechenland. „Polnische Wirtschaft“ ist längst kein negativ belegter Begriff mehr, sondern zeigt den Erfolg von mehr als 30 Jahren wirtschaftlicher Systemtransformation!

Für Polen brachten die Jahre 2010 bis 2023 ein beachtliches **reales Wirtschaftswachstum** von jährlich 3 bis 4 %. Jedoch sind die strukturellen Probleme in vielen Industriebranchen und in der

Landwirtschaft nach wie vor enorm. Es herrscht zudem ein riesiges Stadt-Land-Gefälle. Vor allem der Osten des Landes ist von Arbeitslosigkeit gebeutelt. Auch unter Jugendlichen von 18 bis 25 Jahren herrscht eine höhere Arbeitslosigkeit, sodass viele junge Menschen versuchen, das Land zu verlassen, um im europäischen Ausland zu arbeiten. Die **Covid-19-Pandemie** erschütterte auch Polen wirtschaftlich so wie andere europäische Länder stark. Aber im Gegensatz zu anderen EU-Ländern wie Griechenland, Portugal, Italien oder Spanien war Polen von der **weltwirtschaftlichen Covid-19-Krise** aufgrund seiner soliden Wirtschaftsstruktur weniger stark betroffen.

Polens Wirtschaft ist in vielen Bereichen konkurrenzfähig, aber die zwischenzeitlich **hohe Inflationsrate von über 10 %** gibt Anlass zu großer Sorge, da vor allem ärmere und einkommensschwache Bevölkerungsmitglieder unter einer hohen Inflationsrate leiden. Von der Einführung des **Euro**, für die die Einhaltung der strengen Maastricht-Kriterien (niedrige Inflationsrate, geringes Haushaltsdefizit sowie geringe Gesamtverschuldung des Staates und niedriges Zinsniveau) gilt, ist Polen wegen der immer noch relativ hohen jährlichen Staatsverschuldung ein gutes Stück entfernt.

Zum nicht unproblematischen Verhältnis Polens zum Nachbarn Deutschland und zur EU

Immer wieder auftauchende Verstimmungen sind vor allem politisch von den Nationalisten und Ultra-Konservativen motiviert, betreffen weniger das Alltagsleben der Menschen, das sehr viel pragmatischer geprägt ist. Deutschland muss nun mit dem neuen Ministerpräsidenten Donald Tusk und seiner liberalkonservativen Regierung ein starkes Interesse daran haben, die Stabilitätszone im mittel- und osteuropäischen Raum auszuweiten und die deutsch-polnischen Beziehungen wieder zu normalisieren und weiterzuentwickeln! Für Polen ist Deutschland der wichtigste Partner in EUropa!

Deutlich sichtbar war die jahrelange Abgrenzung der national-konservativen Regierung von der Idee der weiteren europäischen Integration und Einheit. Die Beschneidung der Rechte und Funktionsweise des Verfassungsgerichts der Republik Polen war ein allzu deutliches Signal, die Gewichte in der Gewaltenteilung eindeutig zugunsten der Exekutive und zuungunsten der Judikative sowie der Legislative zu verschieben. Viele Kritiker argwöhnten einen bewussten Erdbeben in Richtung eines Abgesangs an klassische republikanische und europäische Werte. Die Wählerschaft und die Zivilgesellschaft in Polen erwiesen sich 2023 jedoch als stark genug, einen echten politischen und gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, aber auch andere demokratische Kräfte in Polen und in Europa sind gefordert, die Einheit zu fördern!

Polen und die Covid-19-Pandemie 2020 bis 2022

„Vor kurzem hatte ich als leitender Oberarzt in meiner Klinik in Warschau einen klassischen 24-Stunden-Dienst von Samstagmorgen bis Sonntagmorgen. Während dieser Zeit wurden viele an Covid-19 erkrankte Patient*innen eingeliefert. Nicht daran zu denken, sich mal auszuruhen oder gar hinzulegen... Unter den Eingelieferten waren auch sieben Männer im Alter zwischen 40 und 60 Jahren, die sich bereits in kritischem Zustand befanden. Alle sieben Männer waren ungeimpft, und alle sieben Männer sind innerhalb von 24 Stunden verstorben... die Leute, die dies leugnen, sollen mal zu uns kommen und sich das hier anschauen.“ (O-Ton eines Bekannten, der Facharzt im größten Warschauer Klinikum ist)

Polen war ebenfalls von der weltweiten **Covid-19-Pandemie und Rezession ab März 2020** stark betroffen. Teilweise starben bis zu 800 Menschen täglich. Die **Impfquote** liegt aus vielfältigen Gründen **niedriger** als in Deutschland oder Dänemark. Bis Ende 2022 starben in Polen und anderen Ländern Ostmitteleuropas relativ zur Einwohnerzahl betrachtet mehr Menschen an Covid-19 als in fast allen anderen EU-Ländern. In Polen mit weniger als der Hälfte der Einwohner als Deutschland sind über 120.000 Menschen an Covid-19 verstorben. Weltweit

betrachtet sind in Relation zur Bevölkerungszahl nur in Peru wesentlich mehr Menschen an Covid-19 verstorben als in Polen, Ungarn und Tschechien. Sicherlich sind die Menschen dieser Länder nicht gerade stolz auf diese Spitzenposition. Ungarn, Tschechien und auch Polen verzeichnen in Bezug auf die Einwohnerzahl eine wesentlich **höhere Mortalitätsrate** als Deutschland, Frankreich oder Italien.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse legen nahe, dass diese hohen Sterbezahlen auch durch den hohen Alkohol- und Tabakkonsum sowie die weitverbreitete Fettleibigkeit und die Ernährungsgewohnheiten in Ländern wie Polen verursacht werden könnten, wobei ein eindeutiger Zusammenhang besteht zwischen starkem Übergewicht und der Wahrscheinlichkeit, an einer Covid-19-Erkrankung zu sterben. Erkenntnisse von Intensivstationen zeigen unmissverständlich diesen Zusammenhang. Die Impfkampagne stockt gewaltig in Ländern wie Polen oder Ungarn. Nationalkonservative Regierungen unterschätzten lange Zeit die Gefahr einer völlig aus dem Ruder laufenden Ansteckungs- und Mortalitätswelle.

Polen und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine

Polen ist in ganz besonderem Ausmaße von der russischen Invasion und dem Angriffskrieg gegen die Ukraine betroffen und hat zwischenzeitlich sogar mehr als 2,5 Millionen Ukrainer*innen aufgenommen. Heute lebt ca. eine Million geflüchteter Menschen aus der Ukraine in Polen. Vor allem in den Großstädten wie Warschau oder Krakau oder in den oberschlesischen Städten sind sehr viele ukrainische Geflüchtete anzutreffen.

Polen hat stets andere EU-Staaten, insbesondere auch Deutschland, vor der aggressiven Politik Putins gewarnt. Als Nato-Mitgliedsland (seit März 1999) hat Polen nicht nur zur Ukraine eine lange Grenze, sondern grenzt auch an die russische Kaliningrader Exklave (Oblast Kaliningrad) mit der Hauptstadt Kaliningrad, dem früheren Königsberg. In Königsberg lebte und wirkte mit Immanuel Kant einer der berühmtesten und einflussreichsten Philosophen überhaupt. Polen hat nie einen Hehl daraus gemacht, wie stark man vor der aggressiven und totalitären Regierung Putins warnen muss und anderen EU-Partnerländern, einschließlich Deutschland, Naivität im Umgang mit der vom KGB/FSB beherrschten Putin-Regierung vorgeworfen. Auch Waffenlieferungen zur Verteidigung der Ukraine gegen die aggressive Besatzungspolitik Russlands waren sofort ein wichtiges Thema. Schon seit dem Krim-Konflikt 2014 sind ca. 1,5 Millionen Ukrainer*innen nach Polen emigriert, um vor allem auf dem polnischen Arbeitsmarkt tätig zu sein. Ukrainer*innen arbeiten auf dem Bau, in der Landwirtschaft, in der Industrie sowie im Handel, Transportwesen sowie in haushaltsnahen Dienstleistungen. Viele Geflüchtete suchen daher temporär Unterkunft bei Verwandten und Bekannten in Polen. Neben der räumlichen Nähe und der Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in das Heimatland spielt die sprachliche Verwandtschaft eine wichtige Rolle. Wurde Polen noch berechtigterweise heftig kritisiert im Umgang mit vor allem muslimischen oder afrikanischen Geflüchteten seit 2015, so zeigt die polnische Zivilgesellschaft nun die ganze Bandbreite des ehrenamtlichen Engagements und der berühmten polnischen Fähigkeit, gastfreundlich zu sein und zu improvisieren.

Allerdings verfolgt auch die Regierung von Donald Tusk eine unnachgiebige Politik der Abschottung in der Asyl- und Migrationspolitik bis hin zur Bereitschaft, das Recht auf Asyl auszusetzen. Hintergrund ist die massive Beeinflussung dieser Politik durch bewusste Schleusung von Menschen über Belarus und Russland in Richtung der EU-Außengrenze in Polen. Die polnische Regierung sieht sich diesem massiven Druck ausgesetzt und reagiert daher mit einschneidenden Maßnahmen.

Polen in Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- Komplexe und wenig konsolidierte Parteienlandschaft; Dominanz der national-konservativen Partei PiS („Recht und Gerechtigkeit“) bis zu den Parlamentswahlen im Oktober 2023; Regierungswechsel mit neuem Ministerpräsidenten Donald Tusk, der eine liberalkonservative Regierung (Bürgerkoalition) mit einem sozialdemokratischen sowie einem grün-liberalen und pro-europäischen Partner anführt
- Enormer Zustrom an Geflüchteten aus der Ukraine seit Februar 2022; fantastische Hilfsbereitschaft der polnischen Bevölkerung; extrem wichtige Sicherheitsfragen als Ostflanke des Nato-Gebiets
- Große Probleme in der Asyl- und Migrationspolitik, vor allem an der Grenze zu Belarus
- Polen ist ebenfalls von den Folgen der Preissteigerungen, den Folgen der weltweiten Covid-19-Pandemie und der Rezession ab März 2020 stark betroffen; Wachstumsimpulse mit soliden realen Wachstumsraten des BIP erst ab 2024
- Niedrige Impfquoten, hohe Sterbezahlen durch Covid-19, marodes Gesundheitssystem
- Neue Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, um die Aushöhlung des unabhängigen Justizsystems und die eindeutige Erosion europäischer Werte der Gewaltenteilung durch die alte PiS-Regierung rückgängig zu machen und um EU-Fonds zu erhalten
- Tragödie von Katyń (Flugzeugabsturz mit 96 Todesopfern im April 2010) prägt weiterhin das kollektive Bewusstsein vieler Polen
- Problem der Perspektivlosigkeit bestimmter Gruppen von Jugendlichen; weit verbreitetes Phänomen „Hooliganismus“ im Fußball und Rechtsextremismus
- Weitverbreitete Homophobie und Ausgrenzung der Community LGBTQI+
- Unzureichende Finanzausstattung nach weitreichenden Reformen im Schul- und Bildungswesen
- Enorme regionale Unterschiede zwischen Großräumen und Peripherie im Osten Polens
- Temporäre bzw. dauerhafte Auswanderungswelle (Großbritannien, Deutschland, Irland, Skandinavien)
-> heute viele Rückkehrer, die ihre Ersparnisse in Polen investieren (Bau, Gewerbe, Handwerk etc.)

Wirtschaftsgeographie Polens

- **Region A+:** Großraum Warszawa – quasi Vollbeschäftigung, hoher Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen, Facharbeitermangel, Immobilien-, Finanz- und Einzelhandelsboom, Agglomerations- und Sogwirkungen ausgeprägt
- **Regionen A:** Kraków, Wrocław (Breslau), Poznań – niedrige Arbeitslosenquote, hohe Arbeitsproduktivität, hohe Investitionsquote
- **Regionen B:** Ostseeregion (Szczecin, Gdańsk), West- und Südwestpolen, Teile Oberschlesiens (Katowice) – Arbeitslosigkeit gering, aber strukturelle Probleme sichtbar, aber auch verbesserte Infrastruktur und industrielle Umwandlung
- **Regionen C:** Schlesien, Zentralpolen, Südostpolen – höhere Arbeitslosenquote, verbreitet alte und notleidende Industrien, hohe Auswanderungsrate!
- **Regionen D:** Nordostpolen, Ostpolen – extreme Defizite in ländlichen Strukturen, erzwungene Abwanderung und Auswanderung, unzureichendes Unternehmertum, schlechte wirtschaftliche Perspektiven

Stand: Oktober 2024